

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimaliger
Anstellung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk.
ausw. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Be-
postanstalten angenommen. Im
amtlich. Zeitungsverzeichnis unter
Soale-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Monu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Soale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 1419, der Besuchs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Soale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Bro-
nabe 1a, Dr. Braunhaustr. 17.
Haben- u. Geschäftsstellen: Große
Mischstraße 52 und Markt 24
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600

Nr. 239.

Halle, Mittwoch, den 26. Mai 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Die internationale Finanzkonferenz.

Paris, 24. Mai. „Temps“ erfährt aus London von auto-
nizierter Seite: Die internationale Finanzkonferenz in
Brüssel wird am 5. oder 6. Juli zusammentreten. Die
Verhandlungen werden öffentlich sein. 25 Nationen,
darunter Deutschland und Österreich, sind vertreten.
Die Konferenz wird selbst bestimmen, ob die Vertreter
Deutschlands und Österreichs Stimmberechtigung
haben oder nur beratend zugelassen werden. Der
Berichterfasser glaubt, daß die Finanzminister der ver-
schieden Staaten den Beratungen beiwohnen werden.
Hauptzweck der Konferenz sei, die Art der Mobilis-
ierung der in Spa festgelegten deutschen Entschädig-
ungsumme festzulegen. Außerdem soll über die Aus-
gabe einer internationalen Anleihe entschieden
werden, durch die die Mobilisierung der deutschen Entschädig-
ung erleichtert und die Wiederherstellung der wirtschaft-
lichen Lage in ganz Europa gesichert werden solle. In gut
unterrichteten Kreisen glaube man, diese Anleihe werde
hauptsächlich in Süd- und Nordamerika gesichert werden.
Die Konferenz werde sich außerdem mit verschiedenen
Fragen betreffend die Finanzen der einzelnen
Staaten beschäftigen, also mit Steuern, Schulden, Notens-
umlauf, Wechselkurs, Einschränkung der Einfuhr, in-
dustriellen Wiederaufbau und wirtschaftlichen allgemeinen
Beziehungen. Jedes Land soll auf der Konferenz über den
Stand seiner Finanzen, über auswärtigen Schuld und
seines Außenhandels Auskunft geben.
„Morning Post“ berichtet noch aus Washington, es
stehe fest, daß Amerika sich auf der Finanzkonferenz ver-
treten lassen werde. Der amerikanische Vertreter werde
jedoch nur als Zuhörer an den Beratungen teilneh-
men.

Die Schulden der Alliierten bei Amerika.

Paris, 24. Mai. „Temps“ veröffentlicht ein Kabel-
telegramm aus New York, monach der Gedanke, daß die
Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten in
dem Maße zurückgezahlt werden könnten, in dem
Deutschland Zahlung leisten, für die amerikanische Regie-
rung unannehmbar sei.

Japans Verhältnis zu Deutschland.

Mitteilungen Meyer-Waldeck.

Am Sonnabend morgen sind bekanntlich die letzten
Tschingtau-Krieger mit dem Dampfer „Manila Maru“ in
Hamburg eingetroffen, unter ihnen auch der heldenmütige
Verteidiger Tschingtau, Admiral Mōri-Ōtsuka. In
einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Hamburger
Fremdenblattes“ mandte sich Meyer-Waldeck gegen den
in Deutschland weitverbreiteten Glauben an eine ritterliche
Behandlung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten
durch die Japaner. Er stand im Gegenteil unter dem Ein-
druck, daß das wenig entgegenkommende, oft schändliche
Verhalten der japanischen Lagerkommandanten
seiner Ursprung im japanischen Kriegsmisinter-
esse habe, in dem sich englische und französische Einflüsse
hart geltend machten. Nach Beendigung des Kriegszustandes
trat dann allerdings ein harter Stimmungswandel ein,
um sich zu zeigen. Die Niederlagen der großen deut-
schen Japanerarbeiten zum Teil wieder und der Hun-
ger nach deutscher Einfuhrware ist groß. In
Tingtau sind die Japaner sehr richtig geworden. Große
Kapitalien sind angelegt, Bahnen, Schiffahrt und Berg-
werke nehmen einen gewaltigen Aufschwung. Nach Auf-
lösung des Gouverneurs deutet der Japaner gar nicht an
eine Rückgabe des Pazifikgebietes an China, so sondern sieht
lich durchaus als Herrscher, was zu einer sehr ge-
regigten Stimmung der chinesischen Bevölkerung
gegen die letzten Herren der Lage geführt hat.
Richtig und geklärt ist nach Ansicht des Gouverneurs das
Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Selbst japanische
Politiker von Rang äußerten sich ihm gegenüber in den
letzten Monaten, daß man die Entwicklung der Lage
nach gar nicht übersehen könne. Auf die Erneue-
rung des englisch-japanischen Bündnisses
dürfte der Faktor Vereinigte Staaten nicht ohne Einfluß
sein, obgleich das Verhältnis zu dem englischen
Bundesgenossen recht gleichgültig geworden ist, auffallen-
weise sogar bei der früher ganz unter englischem Einfluß
stehenden Regierung. Weiter sagte Gouverneur
von Meyer-Waldeck, daß in Japan ein großes Ver-
trauen in die Zukunft Deutschlands herrsche. Einer
geschickten deutschen Diplomatie würde es
unzweifelhaft gelingen, die einst so freundschaftlichen Be-
ziehungen wieder anzuknüpfen.

Konzentrierung einer bayerischen Freischar in Pommern.

Berlin, 25. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Von anti-
fischer Seite wird uns im Anschluß an die heutige Be-
hauptung des „Vorwärts“ über Putschuntriebe mitgeteilt:
Nach neu eingelaufenen Nachrichten ist die Lage in
Pommern als tatsächlich sehr ernst hinzustellen. So kam
am Freitag eine bewaffnete Bande von 33 Mann mit
Maschinengewehren und Sanjanzkanonen in Stettin an.
Das dortige Garutikonomanie ließ sie weiterfahren.
Am Sonnabend kamen wiederum 26 Schwerbewaffnete,
am Montag 70 Soldaten in Stettin an, die festgenommen
wurden. Beim Verhör stellte sich heraus, daß es sich um
Mannschaften eines Freikorps Oberbayern handle, die
aus dem Heeresverband bereits entlassen waren. Die

Leute sollten nach Art der Baltikamer eine Arbeits-
gemeinschaft auf den Gütern bilden, auf die sie verteilt
werden sollten. Sie sollten, wie ihnen ausdrücklich ge-
sagt wurde, jederzeit bereit sein. Der Offizier, der die
Leute in Stettin in Empfang genommen hatte, wurde
ebenfalls festgenommen. Er verweigerte aber die Aus-
sicht darüber, in welche Driftungen die Mannschaften
besördert werden sollten. Die Mannschaften selbst er-
klärten noch, daß sie nicht die einzigen bayerischen
Truppenkontingente seien, die nach Dänemark und
Pommern geschickt würden, sondern daß sie auf eine
Stärke von etwa 7000 Mann gebracht werden sollten.

Trostreiche Ansicht.

Hagen, 25. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Abgeord-
neter Ludwig (H. S. P.) gab in einer Rednerver-
sammlung an, daß in der Seine 500 Teilnehmer an dem
Kommunifestaufstand interniert seien. Der Ruf sei
nicht der letzte gewesen. Nach den Wahlen käme es zu
neuen Kämpfen, die nicht im Parlament ausgetrieben
würden. Die Kommunisten entfallen eine rührige
Wahlagitacion.

Der Reichswehrminister in Wilhelmshaven.

WR. Wilhelmshaven, 25. Mai. (Drahtnachricht.)
Der Reichswehrminister hat an die Offiziere und die Ab-
ordnungen der Marineartillerie in Wilhelmshaven eine
Ansprache gehalten, in der er unter Hinweis auf die März-
ereignisse u. a. sagte: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in
dem der Unterhaltungsausschuß mir auf Grund einstimmig
gefaßten Beschlusses sowohl für Wilhelmshaven wie für
Kiel eine große Anzahl Offiziere vorschlagen wird, die un-
schicklich aus dem Verfahren hervorgegangen sind. Für diese
lann ich deshalb die Bürgerschaft übernehmen, da sie als
Männer von Charakter, den notwendigen Fähigkeiten und
des Reiches bedingungslos zur Verfügung stehen. Für sie
müß ich aber ebenso fordern, daß ihren Dienstbefehlen voll
und ganz Gehorsam geleistet wird. Dafür wird sich die Re-
gierung mit ihrer ganzen Autorität einsetzen.

Ersteiltes aus dem Ruhrgebiet.

Bochum, 25. Mai. (Eig. Drahtnachricht.) Die Beleg-
schaften des Ruhrgebietes sind seit Kriegsende bis jetzt
auf 600 000 Mann gebracht worden. Nicht nur daß die
bestehenden Zechen ausgearbeitet werden, es werden
auch neue Gruben angelegt. So läßt die Gute Hoff-
mannsöhne bei Dierfeld zwei neue Schachtanlagen an-
legen. In Bochum sind neue Schächte die „Alteinfuhle
(Doppelschacht)“, „Präsident“ und „Hannover“, in Wutrop bei
Bochum wird vom Bochumer Verein ein neues Berg-
werk errichtet. Auch im Gebiet südlich der Ruhr wird
der Kohlenbergbau staatlich erweitert.

Tarifloshöherung im Ruhrgebiet.

Essen, 25. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Nach drei-
tägigen Verhandlungen ist der Tarif für den rheinisch-west-
fälischen Kohlenbergbau erneuert worden. Die Berg-
arbeiter hatten 8 Mark die Schicht mehr gefordert. Nach
dem neuen Tarif erhält der Säuer und Bechauer, ebenso
die Schlepper 4 Mark die Schicht mehr. Der Effektivlohn
deshalb betrug bisher bei den Häuern 55 Mark, bei den
erwachsenen Schleppern 25 Mark die Schicht. Durchschnit-
tlich verdienen die Arbeiter noch neun halbe Schichten als
voll bezahlte Nebenarbeiten. Die Arbeiter erhalten
75 Pfennig die Stunde mehr. Das Kindergehalt soll von 1
auf 2 Mark erhöht werden.

Die bürgerliche Front in Bayern.

WR. München, 25. Mai. (Drahtnachricht.) Sämt-
liche bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Deutschdemo-
kraten haben für die kommenden Reichstagswahlen ein
enges Bündnis geschlossen. In dem aufgestellten gemein-
samen Wahlprogramm wird in erster Linie die rücksichts-
lose Bekämpfung der Sozialdemokratie und
aller sozialistischen und kommunalistischen Bestrebungen ver-
fänglich. Ferner wird u. a. die Wiederaufrichtung eines
Rechtsstaates auf nationaler Grundlage gefordert. Bayern
ist somit der erste Staat, der den Linksparteien eine ge-
schlossene bürgerliche Einheitsfront gegenüberstellt.

Die internationale Handelskammer.

WR. Prag, 25. Mai. (Tschekoslowakisches Presse-
büro.) Gegenstück des Besuchs der Wiener Handels-
kammer teilte der französische Industrielle Eugen Schneider
mit, die Konferenz in Atlantic City sei zu der Anschauung
gelangt, daß eine internationale Handelskammer not-
wendigerweise ins Leben gerufen werden solle. Diese
Handelskammer soll eine Art Gegenstück und Ergänzung
des Völkerbundes sein. Sie wird auch den Handelskammern
der Länder zugänglich sein, die sich an den Beratungen in
Amerika nicht beteiligen haben.

Fallende Baumwollpreise.

WR. Amsterdam, 25. Mai. Die die englischen Blätter
melden, ist der Preis der ägyptischen Baumwolle in den
letzten Tagen der vorigen Woche beträchtlich gefallen. Zu-
künftige Kreise in Liverpool glauben, daß dies den Beginn
eines allgemeinen Preisrückganges für sämtliche Waren be-
deute.

Zur Reichstagswahl.

Von Dr. H. Rühlmann.

Wir können und dürfen uns jetzt in der so außer-
ordentlich schweren Zeit unter keinen Umständen Gesühls-
politik erlauben, denn wir wissen, daß Gefühlsmäßig
mehr oder weniger unkontrollierbar, zum mindesten aber
subjektiv sind. Mehr denn je haben wir eine Politik des
ruhig abwägenden Verstandes nötig. Das
Unschickliche uns Demokraten von den
Rechtsparteien, die sich die Kritik, die so fürchtbar
leicht ist, zu eigen machen, und im Wahlkampf gefühlsmäßig
ganz verständliche Sinnung zu alten vergangenen Zeiten
benutzen, z. B. auch die Hinnegung zur Monarchie. Dabei
will ich ganz ununterbrochen lassen, ob die Stellung der Rechts-
parteien zu dieser Frage immer einseitig gewesen ist. Von
den Deutschen Volkspartei haben wir nun einmal eine
Werbefahrt vom Januar 1919, in der es heißt:
„Es ist der entschlossene Wille eines starken deutschen
Bürgerums, daß Deutschlands Schicksal in der Zukunft nicht
durch eine sozialistische, sondern durch eine bürgerliche Re-
publik bestimmt wird.“

Jetzt ist es bei der Deutschen Volkspartei allerdings
anders, denn im Wandel der Zeiten ist bei ihr das monar-
chistische Gefühl erstarkt. Sie ist diese auffällige Wandlung
offenbar ihrer Schwesterpartei, der Deutschen Nationalen
Partei, schuldig, mit der sie nach einer Aueuerung des
Herrn Siegt unter einem Dache wohnt. Diese wechselnde
Stellung kann nur dazu beitragen, die Verwirrung in un-
serer Volke nicht zur Ruhe kommen zu lassen, und das um
so mehr, als die Deutsche Volkspartei meines Wissens
niemals mitgeteilt hat, wie sie sich denn nun eigentlich die
Monarchie denkt. Eine Aueuerung habe ich allerdings ein-
mal in den Händen gehabt, die des Abgeordneten Wolf.
Er sagt: „Wir überlassen die Lösung der Frage
Gott.“ Das ist, ich muß es sagen, außerordentlich be-
quem. Man läßt den lieben Gott nur worten. Eine Stel-
lungnahme solcherart nennt ich Gefühlspolitik, die niemals
Nennenswertes erreichen kann.

Dieses Gefühlspolitik wäre es, wenn jetzt zahlreiche
Wähler, die vielleicht mit der oder jener Maßnahme der
Regierung nicht einverstanden sind, oder denen vielleicht
die ganze Aufwärtsentwicklung überhaupt zu langsam war
sich geht, sich jetzt laden würden: Wählen wir nun einma-
rechts, denn die Mittelparteien können ein schnelleres Auf-
wärtstommen scheinbar nicht gewährleisten. Bei solchen Er-
wägungen muß man jedoch immer eins bedenken, nämlich
folgendes: Was wäre aus Deutschland geworden, wenn auch
nach dem Kriege die
Rechtsparteien das Ruder der Regierung in der
Hand gehabt hätten? Ich bin der festen festen
Überzeugung, daß die Entente mit Deutschland unter
diesem Gesichtspunkt überhaupt nicht verhandelt hätte
und Frankreich dann ganz gewiß in England und Italien
durchgehört hätte, um alle seine maßlosen Ansprüche
durchzusetzen. Außerdem wäre das Reich zerfallen, denn
der Westen und Süden läßt sich auf keinen Fall mehr
ökonomisch regieren. Der Gedanke der Reichseinheit,
eines der vornehmsten Ziele der Demo-
kraten, hätte zu Grabe getragen werden
müssen. Und was wäre die Folge einer von den Rechts-
parteien ausübten Regierung, von innerpolitischen Stand-
punkt aus betrachtet, gewesen? Die Arbeitermassen
hätten sich zu einem einzigen Block zu-
sammengeschlossen und die Rätediktatur längst proklamiert.
Diese angegebenen Punkte werden sich
auch als Folgen eines Wahlausganges ergeben, der den
Rechtsparteien einen nennenswerten Zuwachs gibt. Ge-
rade das macht die Wahlen so wichtig, gerade aus diesem
Grunde sollten sich alle Wähler der ruhigen Überlegung
vor der Abgabe ihres Stimmzettels befleißigen.

Die Rechtsparteien werden uns Demokraten unter Zu-
sammengabe mit den Mehrheitssozialisten vor. Was ist
dazu zu sagen? Ich hätte neulich Gelegenheit, Herrn Wulle
von der Deutschen Nationalen Volkspartei zu hören. Er be-
gann seine Rede mit dem Bibelwort: Ihr sollt untertan
sein der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat. Darans zog
Herr Wulle den Schluß, daß wir der jehigen Regierung
nicht untertan zu sein brauchen, denn sie hätte keine Gewalt
über uns. Nun frage ich: Ist das nicht Aufforderung zur
Gehorsamsverweigerung, ist das nicht Aufforderung zum
allgemeinen Streik? Wie können also Herr Wulle und
seine Deutschen Nationalen Volkspartei uns unsere Stellung zum
Generalstreik vorwerfen? Haben denn diese Kreise in
Athen Zeiten sich am Bürgerstreit nicht beteiligt? Jetzt
war es allerdings von ihrem Standpunkt etwas anderes,
denn der Bürgerstreit ging gegen rechts, gegen eines der
größten Verbrechen, das wir je kennen gelernt haben, zum
minderten ebenso groß als ein Putsch von links. Wie können
die diese Herren daher wagen, ein Schandinsat zu loszulassen,
wie wir es in den „Hallischen Nachrichten“ kürzlich leser
darstellte, ein Aufruf, der eines der gemeinsten Verbrechen
darstellt, das die Deutschen Nationalen Volkspartei jemals
sich gegeben hat. Es zeugt von einer Kultur-
höhe, die jener Frankreichs gleichkommt.

rn, als es uns die schwarze Schande in das Land brachte. Einen Vorwurf von dieser Partei, die sich bei allen wichtigen Bestimmungen in trautlichem Zusammensein mit den Unabgängigen befunden hat, wegen unserer Stellung zur Wehrheitssozialdemokratie, müssen wir entschuldigend zurückweisen, denn wir haben positive Arbeit geleistet, während jene sich in fruchtloser Opposition gefallen haben.

Und nun die Deutsche Volkspartei. Sie hat sich vor kurzem zu einer Koalitionsregierung mit den Wehrheitssozialisten bereit erklärt. Damit erkennt sie aber die seit Jahresfrist betriebene Politik der Demokraten als richtig an. Allerdings fügen die Volksparteier hinzu, daß sie dem Bürgertum einen weit größeren Einfluß in der Regierung einräumen würden. Diese Kritik ist höchst unberechtigt und bei näherem Zusehen trifft dieses Urteil den, der es ausspricht, schärfer als die Demokraten. Denn die Volkspartei hat in ihrer scharfen Oppositionspolitik der Demokratischen Partei aber auch jede Unterstützung im Kampfe um die berechtigten Forderungen des Bürgerturns verweigert. Dabei muß man bedenken, daß die Demokraten in der Koalition immer allein standen.

Aus allem ergibt sich klar und deutlich, daß die Hege der Rechten gegen uns wegen unseres Zusammengehens mit den Wehrheitssozialisten eines ihrer vielen fragwürdigen Wahlmotive ist.

Sie wollen damit und mit anderen nicht ganz klar festgelegten Mitteln und Mitteln an das Gefühl der Wähler heran. Wir hingegen müssen immer wieder an den Kerstand der Wähler appellieren. Der leicht abwegende Ratsstand sagt uns aber: Der Wählerkauf unseres Vaterlandes ist nur durch die drei Koalitionsregierungen möglich. Wenn die Rechte durch Stimmengewinn erlöst und sein Volk in der Mitte mehr möglich ist, dann muß die Folge ein schnelles Anwachsen des Radikalismus in der Arbeiterklasse sein, dann muß bei einer erneuten Ausrückung rechts und links die Revolution ein Dauerzustand werden. Deshalb sollte jeder Wähler, bevor er seine Stimme abgibt, sich überlegen, ob er die Revolution will oder eine wenn auch langsame Aufwärtsentwicklung. Er muß sich klar darüber sein, daß die Rechtsparteien es sich jetzt mit ihrer Kritik so fürchtbar leicht machen und daß zwischen verantwortlicher Politik, wie die Demokraten sie im großen und ganzen richtig betrieben haben, und verantwortungsloser Politik, die die Rechtsparteien auszeichnet, ein gewaltiger Unterschied besteht.

Freigabe des Marmeladeverkaufs.

WTB, Berlin, 25. Mai. Mit Genehmigung der zuständigen Regierungsstellen ist bei der Reichsgesellschaft für Distillierungen und Marmeladen m. b. H. lantingentierten Fabriken vom 26. Mai ab die Herstellung und der Absatz der Marmelade aus den Dörfern 1918 und 1919 unter bestimmten Voraussetzungen freigegeben worden, so daß weitere allgemeine Marmeladenverordnungen nicht mehr erfolgen. Die bisherige Sachverhalte werden aufrechterhalten. Die Reichsgesellschaft für Distillierungen und Marmeladen m. b. H. wird für den Rest des laufenden Wirtschaftsjahres nur noch Jucker an die Marmeladenfabriken verteilen und die Kontrolle über die Verwendung des Juckers ausüben. Ueber die Zusammenfassung der Marmelade und den Zuckergehalt sind keine Vorschriften zu erlassen. Es ist anzunehmen, daß die Marmeladenfabriken im freien Verkehr in nächster Zeit den Bedarf der Bevölkerung an Marmelade ausreichend decken können, und daß durch die Einschränkung des erfahrenen Fachhandels auch die nötige Sicherheit gegeben ist, damit die Verbraucher nur einwandfrei, wohlgeschmeckende Marmelade erhalten.

Die akademische Frau.

Von Dr. Veria Schöfinger (Halle).

(Nachdruck verboten.) Das Frauenstudium in Deutschland ist noch verhältnismäßig jung; im Jahre 1896 bezogen die ersten wenigen, seit vorgebildeten Studentinnen als Hospitantinnen die deutschen Universitäten. Seit 1909 wurden sie erst als vollberechtigte akademische Bürgerinnen an sämtlichen deutschen Universitäten anerkannt, seit 1910 wurde ihnen erst die Vorberufung so erleichtert wie den Knaben, d. h. sie können an den Studienanstalten vor den eigenen Lehrern die Referentur ablegen. Nimmt man dies alles in Betracht, so ergibt man für die Beurteilung der weiblichen akademischen Berufstätigkeit höchstens einen Zeitraum von fünfzehn Jahren beruhen können, während dessen sie sich ziemlich angeeignet und gleichmäßig entwickeln konnten. Dabei darf man aber nicht in den Fehler verfallen, die über dem Durchschnitt stehenden Leistungen des Elitematerials der ersten Jahre für durchschnittlich anzusehen, und andererseits die vielen unglücklichen Hindernisse psychologische Natur, die sich von Frauen in dem Studium entgegenstellten, zu unterschätzen.

Das Gleiche von Studentinnen-Frauen in den letzten fünf Jahren ist auf die durch den Krieg bedingten Verhältnisse zurückzuführen. Früher blieb ein größerer Prozentsatz der Abschlüssenen zunächst zu Hause, jetzt besteht der allergrößte Teil sofort die Universität, getrieben von dem Drang nach Bekanntschaft oder veranlaßt durch wirtschaftliche Verhältnisse. Während im Wintersemester 1908/09 die Gesamtzahl der weiblichen Studierenden an sämtlichen deutschen Universitäten 1332 betrug, ist diese Zahl im Sommer 1917 auf 6205 gestiegen. Hand in Hand damit geht natürlich auch eine Zunahme der Frauen in den akademischen Berufen. Die Zahl dieser Frauen ist größtenteils entnommen aus: „Probleme der Frauenarbeit in der Webergewerkschaft“, bearbeitet von Dr. Hilde Oppenheimer und Dr. Hilde Radomski. Mannheim-Berlin-Weipzig 1918) der Wertungen ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Im Jahre 1911 waren in Deutschland 118 Ärztinnen, ausgedehnter etwa 500. Davon lebten 67 v. H. in Städten mit mehr als hunderttausend Einwohnern. Von den niedergelassenen Ärztinnen bezeichnet sich der größte Teil als praktische Ärztinnen, als Spezialistinnen und im Weibstaltentabellen von 1917 64 aufgeführt; dazu kommen noch die Assistentinnen der Universitäten und sonstigen Spezialistinnen, bei denen es sich oft um eine Spezialausbildung oder Spezialweiterbildung handelt. Von den Spezialistinnen sind 70 v. H. Frauen- und Kinderärztinnen, die übrigen 30

Zur Besserung des Kronenverfalls.

WTB, Wien, 25. Mai. (Drahtnachricht.) Wie die Wiener „Mitteblätter“ bekannt ist, ist eine deutsche Finanzgruppe im Begriff, eine großzügige Aktion durchzuführen, die den Zweck haben soll, die österreichische Krone zu heben. Hervorragende Bankiers, an der Spitze das Bankhaus Mendelssohn, wollen Österreich einen Markkredit einräumen, der für Österreich unentgeltliche Steigerung der Spannung zwischen Krone und Mark zum Stillstand bringen soll. Bei der Aktion tritt auch ein wichtiges politisches Motiv zu Tage. Man will schon jetzt ein höchstes Verhältnis von 3:1 zwischen Krone und Mark herstellen, um späterhin, wenn es zum Abschluß kommt, die Uebernahme der Krone zu erleichtern. Auf diesbezügliche Erkundigungen wurde unserm Korrespondenten bei der Wiener Regierung mitgeteilt, daß es sich hier nur um eine private Aktion handle, da die deutsche Regierung natürlich nicht bei einer Aktion mit tätig sein kann, die eine Verschlechterung des Markturtes zur Folge haben könnte.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei reden bewußt die Unwahrheit,

wenn sie die Demokratie beschuldigen, bei der Steuererhebung keine Rücksicht auf den Mittelstand und die kleinen Rentner genommen zu haben.

Das Gegenteil ist die Wahrheit.

Der Mitarbeit und den Anträgen der Demokratie verdanken die Kreise die Erleichterungen im Reichsnotopfer und in den anderen Steuererlassen.

Deutschnationale haben Verfassung und Etat abgelehnt. Wäre es nach ihnen gegangen, hätten wir

den Staatsbankrott.

Die Kriegsanleihe wäre wertloses Papier. Sparfassen, Krankenkassen und Versicherungsgesellschaften hätten ihre Zahlungsverpflichtungen eingestellt. Die Beamten und Staatsarbeiter wären brotlos. Wir könnten keine Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Auslande kaufen.

Hunger und Elend

hätten Hunderttausende dahingerafft.

Deutsches Reich.

Ärzte und Krankenpfleger.

Leipzig, 25. Mai. Aus dem Arbeitsministerium in Berlin ist eine Depesche folgenden Inhalts bei dem Vorsitzenden des Ärzteverbandes, San.-R. Dr. Hartmann, eingetroffen:

„Kassenverbände fordern das Hinauschieben des vertraglosen Zustandes um 8—10 Tage. Wünschenswert.“

Die sofortige telegraphische Antwort Hartmanns lautet:

„Hinauschieben des vertraglosen Zustandes schon aus technischen Gründen unmöglich. Wünsch der Kassen unbedeutend, weil sie Verhandlungen sofort abgebrochen haben. Einigungsverhandlung kann unter mitgeteilter Voraussetzung jederzeit stattfinden.“

Hierzu ist noch zu bemerken, daß als Voraussetzung folgende Forderungen angesehen werden: 1. Der Vorsitzende

v. S. haben sich auf sämtliche andere Spezialfächer gemagt. Zur Kassenprozedur waren die Wertungen bereits vor dem Kriege überall mit wenigen Ausnahmen zugelassen, ihre Zahl ist in den Kriegsjahren noch erheblich gestiegen. In öffentlichen Diensten waren im Jahre 1917 65 Frauen als Sachbearbeiterin beschäftigt, dazu kommt noch eine Hofärztin in Berlin und eine Ärztin in Traunkirchen (Bayern), die als Leibeshebamme angestellt ist. Auch in leitenden Posten haben Ärztinnen verhältnismäßig Verwendung gefunden, vertretungsweise während des Krieges als Oberärztin an den Universitätskliniken und Leiter von Säuglingsfürsorgeeinrichtungen; hawend angestellt ist eine Ärztin als Direktarin des parapsychologischen Laboratoriums der Universität Bonn und die erste Hofärztin der majestätischen Klinik der Universität Berlin. Die beiden letzten führen den Professortitel. Im Dienste der Heeresverwaltung arbeiteten Ärztinnen nur im ersten Kriegsjahre, später nur an Krankenbahnen, die für Lazarettwege zur Verfügung gestellt waren.

Verhältnismäßig langsam hat sich der Beruf der Zahnärztinnen entwickelt. Der Grund ist vielleicht darin zu suchen, daß der Beruf sozial noch nicht das Ansehen genießt, das ihm als akademischem zukommt, und daß es bis vor kurzem dem Zahnarzt in Deutschland nicht möglich war, in seinem Fache zu promovieren. Der Mehrgewinnverdienst von 1912 führt 60 Zahnärztinnen auf, der von 1917 bereits 100. Von diesen 100 lebten im Jahre 1917 69 Berlin, in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, auf Weibstaltentabellen von zwölf Zahnärztinnen. Der größte Teil der Zahnärztinnen hat sich selbständig niedergelassen, einige fünf Assistentinnen an Universitätskliniken. Auch an den Ortskrankenkassen-Schulkrankheiten sind Zahnärztinnen beschäftigt; in der Schulgesundheitswesen im Jahre 1917 zwölf tätig, davon drei in leitenden Stellen.

Die Zahl der berufstätigen Apothekerinnen hat erst in den allerletzten Jahren zugenommen. Seit Eintritt des großen Personalengels und als Folge des allgemeinen Zubruges der Frauen zu einem Beruf hat sich die Zahl der Apothekerinnen bedeutend vermehrt. In den letzten Friedenssemestern Ruderten neben bis neun Frauen Pharmazie im Jahre 1912 51, 1914 73. Dem Bunde deutscher Apothekerinnen gehörten 1918 80 Mitglieder an, außerhalb des Bundes leben etwa 150, so daß von 1912 bis 1917 eine Steigerung von 51 auf etwa 250 zu verzeichnen ist. Prinzipiell haben den Frauen die gleichen Wege offen wie den Männern. Bis hier hat noch keine Pharmazieinstitute Konzeptionsalter, das ziemlich hoch liegt, erreicht. Apothekenscheinbesitzerinnen gibt es bisher in Deutschland nur eine.

Der Hauptantrieb der akademischen Chemikerinnen ist erst in den letzten Semestern eingetreten. Im

des Schiedsgerichts ist nicht vom Arbeitsamt her zu erkennen, sondern soll von beiden Parteien gemittelt werden; 2. das Schiedsgericht hat ohne gebundene Maßstabe zu entscheiden.

Halle und Umgegend.

Liste Delius der deutsch-demokratischen Partei.

Die Kandidaten Delius, Schreiber, Geibel und Mendel. Die Wähler und Wählerinnen wird es interessieren, aus dem Lebensgang der Männer, die als führende Kandidaten auf der deutsch-demokratischen Liste stehen, einiges Wissenswerte zu erfahren. Wir bringen heute über die Kandidaten Delius, Schreiber, Geibel und Mendel folgende biographischen Angaben; über den Lebensgang des an 2. Stelle stehenden Kandidaten von Dr. Wilhelm König in Unterarnsleben sowie über die übrigen Bewerber werden Mitteilungen folgen.

Carl Delius, Postsekretär Halle a. S. Geboren 3. Januar 1874. Erstemal. Einmalig einer dort seit dreißig Jahren angestellten Bauverwalter. Vater alter Demokrat, nachher in Halle zunächst Postsekretär, dann 10. bis 16. Jahr Privatsekretär. Etwas Berechnung zum mittleren Postdienst, 1890 Postsekretär, 1894 Postassistent, dann Oberpostassistent, später Postsekretär. Steht seit 1894 als einer der Führer in der Postbeamtenbewegung. Wegen seines freien Auftritts mehrfach von der Verwaltung gemeldet. Bekleidete trotzdem Führeramtungen hervorzuheben beteiligt, gilt er als Vorkämpfer für die Beamten. Gründete vor 20 Jahren in Sachsen die erste Beamtenvereinerung aller Beamten. In Halle Begründer und noch jetzt erster Vorsitzender des Hallischen Beamtenauschusses, der eine überaus fruchtbar Tätigkeit entfaltet und gezeigt hat, daß man die Beamten vorwärts bringen kann ohne einseitige Ständepolitik, die er stets verdammt, sondern immer die allgemeinen Volksworte in den Vordergrund stellte. Mitwirkte an der Führung im Deutschen Beamtenbunde (1/2 Million Mitglieder).

Erstmals parteipolitisch tätig 1893. Freil. Volkspartei, trug Anerkennung Eugen Richters ein. Bei allen Wahlen für Freisinn tätig. 1906 Vorstandsmitglied Freil. Volkspartei Halle. Enge Beziehungen zu Carl Schmidt 1909 Nachfolger Schmidts im Abgeordnetenhaus bis 1919. Mitglied des Fraktionsvorstandes. Bearbeitete Mittelhandels, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen. Gehört an sozialen und landwirtschaftlichen Fragen beteiligt. Mitglied im Ernährungsausschuß. Niederholte Neben Stieglingspolitik und Landwirtspolitik. Entschlossen zum Eisenbahntat. Viele Anträge, die sich auf alle Fragen beziehen, von ihm eingebracht.

Mitglied der Nationalversammlung 1919. Vorstandsmitglied Fraktion (Gesetzgebung). Mitglied des Haushaltsausschusses (Reichshaushalt), der Petitionskommission, des Beschlusses und des Sozialpolitischen Ausschusses. Für die Sonderausgaben für die Tamulischen, Beamtenausbildungs- und Kinnogehalt an, wirkte mit im Verrechnungs- und Steueranfrage. Berichterhalter für sämtliche Parteipolitik und Fernprengelge und dem Volkst. Parteipolitik in allen größeren Städten tätig gewesen. Zahllose Zeitungsartikel über alle im Vordergrund stehenden Fragen geschrieben. Mitarbeiter von B. D. und Mitbestimmten Zeitungsredaktionen für die Mittelhandels, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenauschusses, Vorsitzender der Partei für den Bezirksverband Regierungsbezirk Merseburg. Betratete sich nie als Vertreter bestimmter Interessengruppen, war bestrebt und hat gezeigt, daß für alle berechtigten Interessen einzutreten be-

drax erst in einigen Jahren eine größere Anzahl in die Praxis eintreten wird. Im Jahre 1919 gab es erst etwa acht promovierte Chemikerinnen, im Laufe der letzten Jahre stieg deren Zahl auf 50 bis 60. Zum Teil sind die Chemikerinnen als Assistentinnen an Universitätslaboratorien tätig, haben ein eigenes Untersuchungs-Laboratorium, die meisten aber arbeiten in der heimischen Industrie. Der größte Teil von ihnen ist erst während des Krieges angestellt worden, besonders große Fabriken verließen sich vor dem Kriege abnehmend gegen die Einstellung von Akademikerinnen. Neuerdings haben auch einige akademisch gebildete Physikerinnen in der Praxis Verwendung gefunden, so z. B. drei bei der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie in Berlin, die zur Zeit der akademischen Ausbildung in Chemikalien, Vorsitzender der Partei für den Bezirksverband Regierungsbezirk Merseburg. Betratete sich nie als Vertreter bestimmter Interessengruppen, war bestrebt und hat gezeigt, daß für alle berechtigten Interessen einzutreten be-

Außer den bisher besprochenen akademischen Frauenberufen, die auf ein Staatsverdienst aufbauen sind, gibt es noch eine ganze Anzahl Berufe, die durch ein Fortkommen ihren Ansehen erhalten haben. Hierher gehören in erster Linie die Juristinnen und die Nationalökonominnen. Vor dem Kriege war die Juristin in Deutschland weniger juristisch als vielmehr volkswirtschaftlich und sozial befähigt, da ihr ja die juristischen Berufe bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden verfallen waren und sie auch zur Rechtsanwaltschaft nicht zugelassen war. Hier hat sich auch im Kriege und im Verlaufe der Revolution noch nichts geändert, da die Frauen noch immer nicht zu den Prüfungen und zum Vorbereitungsstudium zugelassen sind, doch sind die

